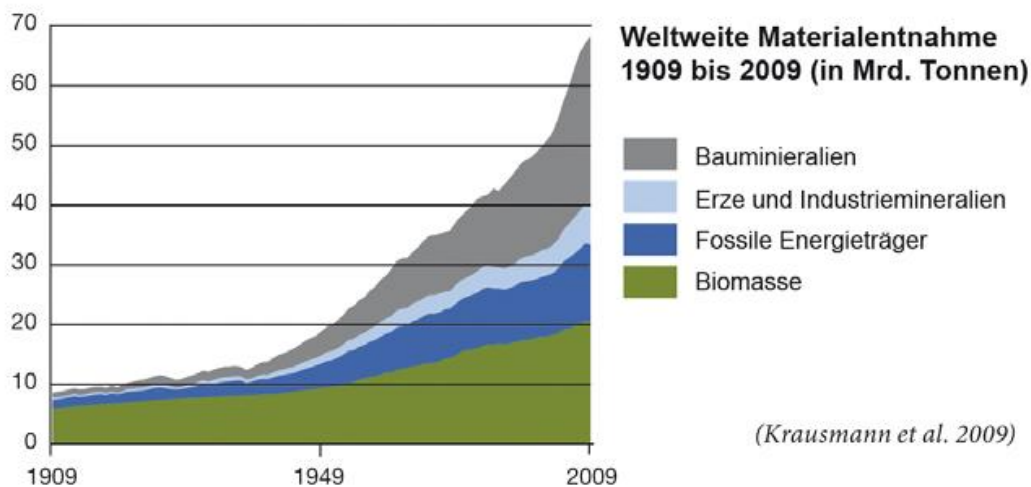


11 Punkte zum Ressourcen- und Energieverbrauch von Bauvorhaben vs. Natur- und Klimaschutz – ein Beitrag zum Faktencheck Schule/Bezirksamt im Vorhaben Neue Mitte Eppendorf

Götz v. Grone/WIR-sind-Eppendorf – 5. Nov. 2014¹

1. In Deutschland ist der Anteil der Baubranche am Rohstoff- und Energieverbrauch erheblich. Jedes Jahr werden 551 Mio. t oder **85 % aller verwendeten mineralischen Rohstoffe zur Herstellung von Baustoffen und -produkten eingesetzt**. Am Abfallaufkommen ist das Bauwesen mit 54 % beteiligt.



2. Fast die **Hälfte des Energiebedarfs in Deutschland** wird gebraucht, um Bauprodukte – wie Ziegel, Zement oder Stahl – zu erzeugen, diese zu transportieren, neue Häuser zu bauen, den Bestand zu sanieren und schließlich die Gebäude mit Wärme, Kälte und Strom zu versorgen.
3. Global betrachtet ist allein die Herstellung von Zement – einer der Grundstoffe des Bauens – für **mehr CO2-Emissionen verantwortlich als der gesamte Flugverkehr**.
4. Eine nachhaltige Gebäude- und Sanierungsplanung bezieht die verschiedenen Lebensphasen des Gebäudes mit ein. Sie zielt darauf ab, aus verschiedenen Bauausführungsvarianten **die aus Material- und Energieeffizienz sich die günstigste Lösung zu wählen**.
5. Deutschland hat sich ambitionierte Ziele im Klima- und Ressourcenschutz gesetzt und will seinen **Kohlendioxidstoß bis 2050 um mindestens 80 % reduzieren**.
6. Dafür sind Wachstum und Wohlstand so weit wie möglich **vom Einsatz natürlicher Ressourcen zu entkoppeln**.
7. Aus Sicht des Klimaschutzes liegen die **größten Potentiale in einer energetischen Sanierung des baulichen Bestandes**. Zentrales Ziel einer nachhaltig angelegten

¹ Zu den aufgeführten Sachverhalten hätte ich mir einen Beitrag der Partei gewünscht, die in der Vergangenheit für ihr Engagement in Umweltfragen einen Nimbus erworben hat, von dem sie heute zehrt.

Baupolitik muss es sein, vorhandene Gebäude möglichst nachhaltig zu nutzen. Denn Neubauaktivitäten belasten die Umwelt **um das 4-fache stärker** als vergleichbare Erneuerungsaktivitäten im Bestand.²

8. Im **Bündnis für Wohnen** zwischen Senat und Wohnungswirtschaft werden die Maßnahmen zum Klimaschutz auf die gesetzlichen Regelungen nach Energieeinsparverordnung (EnEV) beschränkt. Das bedeutet, dass das mögliche Umweltentlastungspotential bis 2025 in den Bereichen Flächenverbrauch (-14 % vs. -84 % im Nachhaltigkeitsszenario), Verbrauch mineralischer Rohstoffe (-9 % vs. -33 %) und CO₂-Emissionen (-19 % vs. -52 %) **weit unter den Werten eines wünschenswerten Nachhaltigkeitsszenarios** bleibt. In einer Pressemitteilung des BUND vom 26.9.2014 heißt es dazu: "Der Neubau von bis zu 100.000 Wohnungen, bei dem lediglich der bundesweit vorgegebene energetische Standard eingehalten wird, ist eine vertane Chance für den Klimaschutz."
9. Auf der Ebene der Bezirksverwaltungen wird der Anspruch nach nachhaltigem Umgang mit Natur und Umwelt durch ein Prämiensystem für erteilte Baugenehmigungen in sein Gegenteil verkehrt. Laut **Vertrag für Hamburg** zwischen Senat und Bezirken zum Wohnungsneubau wird vom Senat eine Prämie von 250.-€ pro genehmigte WE an die Bezirksversammlungen ausgeschüttet. **Das Anreizsystem führt dazu, dass die Sanierung des Baubestands als größtes Potential für den Klimaschutz nicht nur nicht genutzt sondern konterkariert wird.** Abriss von preiswertem ³Wohnraum und Neubau dominieren die Wohnungsbauaktivitäten.
10. Diese Vorgaben bewirken, dass die Erfolgsmeldungen der Bezirke über genehmigte bzw. gebaute Wohnungen ein verfälschtes Bild hinsichtlich des real erzielten Zuwachses an Wohnraum erzeugen. **Die Wohnungsabrisse werden in der Wohnungsbaustatistik von Senat und den Bezirken nicht gegengerechnet.** Im Bezirk Nord sind im Jahr 2012 insgesamt 832 Wohneinheiten (WE) neu erstellt worden und 384 WE waren ‚abgängig‘. Bleibt ein Saldo von 448 WE, knapp die Hälfte dessen, was der Bezirk mit 900 WE für das Jahr 2012 als Ziel benannt hatte (Angaben lt. Statistikamt Nord).
11. Angesichts des ernüchternden Befundes stellt sich die Frage, ob die Stadt mit diesem Wohnungsbauprogramm auf dem richtigen Weg ist. Langfristig wirksamer Klimaschutz und eine angemessene Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum übersteigen offenbar die Möglichkeiten eines auf kurzfristige Realisierung der eingesetzten Investitionen angewiesenes privatwirtschaftliches Engagement. Ich Bereich der Energienetze und für Hamburg Wasser hat die Stadt die entsprechenden Konsequenzen schon gezogen.

Fazit:

Aus der Perspektive von Umwelt- und Klimaschutz und in Verantwortung für die nachwachsenden Generationen kann der Faktencheck Neue Mitte Eppendorf nur den Erhalt von Schule und Bezirksamt, die Sanierung im Bestand und einen notwendigen Zubau zum Ergebnis haben.

² Alle Aussagen: Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Pressemitteilung und Einleitung bzw. Vorwort zur Broschüre der DBU ‚Bauen und Wohnen – ressourcenschonend und energieeffizient!‘ - Januar 2013